



Änderungsantrag

der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW

Demokratie gegen den Aufmarsch der Faschist_innen in Lübeck

Drucksache 17/ 2154

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert den Innenminister auf,

alle Informationen und Anhaltspunkte, die eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit im Zusammenhang mit der Nazi-Demo am 31. März 2012 in Lübeck begründen und ein rechtssicheres Verbot rechtfertigen, der Versammlungsbehörde in Lübeck unmittelbar und umfassend mitzuteilen.
2. Der Landtag spricht sich darüber hinaus gegen Rechtsextremismus aus und lehnt jede Form von Rassismus, Faschismus und rechter Gewalt entschieden ab. Unabhängig von Verboten einzelner Demonstrationen begrüßen wir das breite zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus und fordern alle im Landtag vertretenen Parteien dazu auf, sich daran zu beteiligen und jederzeit jeder Form von Rechtsextremismus, Faschismus, Rassismus entgegen zu stellen.

Luise Amtsberg
und Fraktion

Serpil Midyatli
und Fraktion

Anke Spoorendonk
und Fraktion